

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

AKTUELL

Schweiz: Importverbot für britisches Rindfleisch

Die Schweiz hat am Freitag nachmittag ein Importverbot für britisches Rindfleisch erlassen. Grund für diese Massnahme sei die momentan herrschende Aufregung in Europa sowie das entsprechende Vorgehen anderer europäischer Staaten, sagte Yves Seydoux, der Sprecher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD). Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz habe am Freitag nachmittag dem Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) einen entsprechenden Befehl erteilt. Das Importverbot umfasse auch lebende Rinder und gelte ab sofort. Die entsprechende Verordnung sollte bis Freitagabend ausgearbeitet sein.

Lesen Sie dazu auch den Beitrag im Innern dieser Ausgabe.

«Paketpost 2000» kostet 650 Arbeitsplätze



Die Umstellung auf «Paketpost 2000» wird die PTT rund 650 Stellen kosten.

Bei der Paketpost kostet die Umstellung auf den liberalisierten Markt bis im Jahr 2000 rund 650 Stellen. Das am Freitag verabschiedete Projekt «3+2» beinhaltet den Bau dreier neuer Verarbeitungszentren. Die Zentren Bern und Zürich bleiben vorerst bestehen. Mehrere hundert Millionen Franken werden investiert. Die Standorte der drei neuen Paketzentren seien noch nicht bestimmt, gab die Generaldirektion am Freitag bekannt.

40-Töner-Gewinn soll kleiner als erwartet sein

Die Zulassung von 40-Tönern in der Schweiz würde laut dem Schweizerischen Nutzfahrzeugverband (Astag) dem Bund lediglich 234 Millionen Franken einbringen. Der Vorschlag der Arbeitsgruppe Herzog mit Ertragserwartungen von drei Milliarden Franken sei nicht umsetzbar, gab die Astag am Freitag in Bern bekannt.

Produktion im AKW Beznau I unterbrochen

Im Block I des Kernkraftwerkes Beznau ist es am Freitag zu einem Betriebsunterbruch von sechs Stunden gekommen. Laut Angaben der Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) in Döttingen (AG) kam es während regelmässigen Routinetests eines elektrischen Auslösesystems in der Kontrollabsteuerung zu einer Reaktorabschaltung. Sämtliche Sicherheitseinrichtungen funktionierten laut NOK normal. Das Ereignis habe keine Auswirkungen auf die Sicherheit der Anlagen und auf die Umgebung. Die Sicherheitsbehörden seien informiert worden.

Gleichstellung der «Auswärtigen» bei politischen Rechten

Verabschiedung des neuen Gemeindegesetzes durch Landtag – Künftig Trennung von wirtschaftlichen und politischen Rechten in Gemeinden

(G.M.) – Für das Fürstentum Liechtenstein ging am Donnerstag eine kleine historische Stunde fast lautlos vorüber: Die Verabschiedung des neuen Gemeindegesetzes mit der Trennung von politischer Gemeinde und Bürgergemeinde durch den Landtag. In einer Rückschau wird aber immerhin festgestellt werden können, dass sich mehrere Parlamente eingehend mit der heiklen Materie auseinandergesetzt haben.

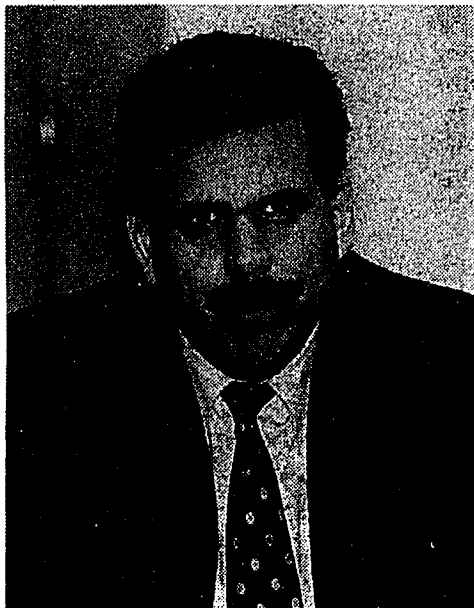
Die vor über hundert Jahren geschaffene Einheitsgemeinde, welche die Funktionen der alten Dorfgemeinschaft und der Einwohnergemeinde zusammenfügte, war von Anbeginn mit Problemen behaftet. Mit der steigenden Mobilität der Bevölkerung, mit der zunehmenden Wohnsitznahme ausserhalb der Heimatgemeinde akzentuierten sich insbesondere in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts die Probleme mit den politischen Rechten.

Im Zusammenhang mit der Frage des Frauenstimmrechts erhob sich in der Öffentlichkeit die Forderung nach einer Neuordnung der politischen Rechtsstellung der «auswärtigen» Liechtensteiner, also jener Bürger, die nicht in ihrer Hei-

matgemeinde wohnten und deshalb von der Mitbestimmung in jenen Angelegenheiten ausgeschlossen waren, die in die Zuständigkeit der Bürgerversammlung fielen: Den Ausschluss von der Mitbestimmung bei Bürgerrechtsfragen sowie von der Mitnutzung beim Holzlos und bei der Abgabe von Bürgerboden empfanden viele dieser «Auswärtigen» als diskriminierend.

Obwohl diese Problematik schon im Vorfeld der ersten – negativ verlaufenen – Abstimmung über die Einführung des Frauenstimmrechts zu heftigen Diskussionen in der Bevölkerung geführt hatte, dauerte es ein Vierteljahrhundert bis zu einer Neuordnung. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel darf für sich in Anspruch nehmen, aufbauend auf den umfangreichen Vorarbeiten seines Amtsvorgängers, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, in relativ kurzer Zeit ein wesentliches, offenes Kapitel der liechtensteinischen Innenpolitik zum Abschluss gebracht zu haben.

Als Hauptziel der Totalrevision des Gemeindegesetzes nannte der Innenminister immer die Gleichstellung der «auswärtigen» Liechtensteiner, an das sich



Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel brachte die Totalrevision des Gemeindegesetzes zum Abschluss. Das «Auswärtigen-Problem» wurde damit gelöst. (Archivbild)

die anderen Ziele – wie das erleichterte Verfahren für die Aufnahme ins Bürger-

recht, die Entflechtung von politischen und wirtschaftlichen Rechten sowie die klare Zuordnung der Güter entweder zum Gemeindevermögen oder zum Bürgervermögen – anschlossen. Bürger einer anderen liechtensteinischen Gemeinde können vom Gemeinderat in das Bürgerrecht aufgenommen werden, was jenen liechtensteinischen Frauen, die bei Verheiratung mit einem Mann aus einer anderen Gemeinde ihr Gemeindebürgerrecht verloren, wieder die Möglichkeit gibt, ihr früheres Gemeindebürgerrecht zu erlangen.

Diese wesentliche Errungenschaft gilt es zu würdigen. Doch nicht nur die Regelung der Bürgerrechtsfragen ist wichtig, sondern auch, dass die vom Landtag verabschiedete Regelung bei der Trennung von politischer Gemeinde und Bürgergemeinde dem Prinzip der Selbstbestimmung entgegenkommt: Das neugeschaffene Gesetz über die Bürgergenossenschaften stellt ein Rahmengesetz dar, das den Gemeindebürgern die freie Wahl für die Gründung einer Bürgergenossenschaft oder die Überführung des Bürgervermögens in das Vermögen der politischen Gemeinde ermöglicht.

Graphikarbeiten von Joseph Beuys mit starker Symbolik

Eröffnung einer Ausstellung mit Werken von Joseph Beuys in der Staatlichen Kunstsammlung am Freitag



«Späte Druckgraphik» nennt sich die Ausstellung mit Werken von Joseph Beuys, die gestern abend in der liechtensteinischen Staatlichen Kunstsammlung eröffnet wurde. Gezeigt werden 56 Blätter aus den drei Zyklen «Schwurhand», «Zirkulationszeit» und «Tränen». Mehr über die Ausstellungseröffnung auf Seite 3. (Bild: vito)

Erhöhte Lawinengefahr

Davos/Zürich (AP) Schneefälle in den Alpen haben das Risiko von Lawinen wieder ansteigen lassen. Laut der Schweizerischen Meteorologischen Anstalt (SMA) fielen auf Freitag in Lagen oberhalb 1500 Metern bis zu 40 Zentimeter Schnee.

Die Schneefallgrenze fiel laut den Meteorologen auf 1000 bis 1200 Meter herunter, wie die SMA bekanntgab. Nach Informationen des Eidgenössischen Instituts für Schnee- und Lawinenforschung Weissfluhjoch-Davos erhielten der westliche Alpenhauptkamm, das Berner Oberland, das Gotthardgebiete sowie der zentrale und östliche Alpennordhang 20 bis 40 Zentimeter Neuschnee. In den übrigen Regionen fielen zehn bis 20 Zentimeter Schnee.

Der Neuschnee fiel sonnenseitig bis auf etwa 2500 Meter hinauf vielerorts auf eine oberflächlich verkrustete Altschneeschicht und schattseitig auf eine lockere Altschneedecke. In den Kammlagen entstanden zudem neue Triebtschneeeablagerungen. Die Lawinenexperten bezeichneten deshalb den Schneedeckenaufbau als schlecht. Am Alpennordhang ist die Schneebrettgefahr erheblich.

Architekturwettbewerb des Landes ergebnislos abgebrochen

Keines der eingereichten Projekte für die geplante Überbauung auf dem Minigolfareal in Vaduz ermöglichte eine erfolgreiche Weiterbearbeitung

Der vom Land ausgeschriebene Architekturwettbewerb für die Überbauung auf dem früheren Areal der Minigolfanlage in Vaduz wurde von der Jury unter dem Vorsitz von Regierungschef Dr. Mario Frick als ergebnislos abgebrochen. Keines der eingereichten sieben Projekte wies gesamthaft jene Qualitäten auf, die eine erfolgreiche Weiterbearbeitung ermöglicht hätten, wie Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner als zuständige Ressortinhaberin in der letzten Landtagssitzung zu einer entsprechenden kleinen Anfrage des FL-Abgeordneten Paul Vogt erklärte.

Der Abgeordnete der Freien Liste hielt es für unwahrscheinlich, dass kein Architekturbüro ein brauchbares Projekt abliefern würde. Er fragte die Regierung daher, ob der Wettbewerb auch mit der nötigen Sorgfalt vorbereitet worden sei

und weshalb alle Projekte gescheitert seien.

Zweifacher Aufgabeninhalt

Gemäss Auskunft von Bauministerin Dr. Cornelia Gassner war es den eingeladenen in- und ausländischen Architekten offenbar nicht gelungen, den schwierigen zweifachen Aufgabeninhalt ausreichend zu erfüllen. Gefordert war einerseits die Entwicklung eines langfristig entwicklungsfähigen und in Etappen zu realisierenden Gesamtkonzeptes eines Verwaltungsbautensystems; andererseits musste die erste Etappe bereits als eigenständige funktionsfähige Einheit geplant werden.

Anforderungen nicht unrealistisch

Weiter führte die Regierungsrätin im Landtag wörtlich aus: Die Anforderungen waren nach Ansicht der Regierung

nicht unrealistisch. Das Wettbewerbsprogramm wurde einerseits vom Hochbauamt in enger Kooperation mit den beteiligten Amtsstellen entwickelt und im Rahmen der von der Regierung bestellten Fachjury detailliert besprochen und soweit notwendig präzisiert.

Im Erdgeschoss waren nur kundenintensive Bereiche, wie insbesondere die Schalterhalle, unterzubringen. Dass das Programm der ersten Bauetappe optimal erfüllbar ist, zeigte beispielsweise ein Projekt, welches jedoch in der Gesamtkonzeption unbefriedigend und nicht prämierbar war.

Ausreichender Planungsspielraum

Im Rahmen des bereits früher durchgeführten städtebaulichen Ideenwettbewerbes wurde ein Grundkonzept und damit auch eine erste Machbarkeitsstudie erstellt. Im Rahmen der Vorbereitung

des Wettbewerbes hatte das Hochbauamt skizzenhaft nachgewiesen, dass die Programmanforderungen für die erste Etappe wie für das Gesamtkonzept am vorgesehenen Standort mit ausreichend grossem Planungsspielraum machbar sind.

Wettbewerb sorgfältig vorbereitet

Nach Auffassung der Regierung und der zuständigen Amtsstellen wurde der Architekturwettbewerb mit der notwendigen Sorgfalt vorbereitet. Dies wird auch durch die Fachjury bestätigt. Beim kommenden neuen Architekturwettbewerbsverfahren wird versucht werden, die Aufgabenstellung dieses Wettbewerbes noch klarer als bisher zu formulieren.

Die Regierung wird dem Landtag, allenfalls noch vor den Sommerferien, einen Bericht und Antrag betreffend einen Verpflichtungskredit für ein Verwaltungsgebäude vorlegen.